

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1994

hier: Einzelplan 25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau**

**— Drucksachen 12/5500 Anlage, 12/5870, 12/6022, 12/6030, 12/6031,
12/6032 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 25 04 (Hochbaumaßnahmen in Berlin und Bonn sowie Finanzhilfen im Raum Bonn) Titel 734 01 wird die Zweckbestimmung wie folgt gefaßt:

„Asbestsanierung des ehemaligen Palastes der Republik in Berlin mit dem Ziel der zügigen Inbetriebnahme als Kultur- und Bildungszentrum“.

Bonn, den 25. November 1993

Dr. Ilja Seifert
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

In den Erläuterungen des Entwurfs zum Haushalt 1994 wird der mit 200 Mio. DM veranschlagte Abbruch des ehemaligen Palastes der Republik ausschließlich mit den 720 Tonnen verarbeiteten Spritzasbest und der Asbestrichtlinien vom 12. September 1989 begründet.

Ein Fachsymposium am 19. Juni 1993 in Berlin und viele weitere Experten und Politiker haben inzwischen die Legende vom unvermeidlichen Asbesttod widerlegt. Grundlage für den Abriß soll ein umstrittenes Gutachten von 1990 sein. Neue Möglichkeiten der Asbestsanierung durch Versiegelung mit Kunstharz, eine Methode, die die Kosten bis auf 10 Prozent senken kann, wurden bis heute nicht ernsthaft geprüft.

Die Anlagenkonfiguration des Palastgebäudes gestattet es, mit wenigen angepaßten Modifikationen in der Lüftungstechnik hermetisch abgeschlossene Teilbereiche herzustellen. Experten meinen, daß eine Sanierung denkbar sei, ohne deshalb die Außenhaut angreifen zu müssen. Die gesamten Sanierungsarbeiten im Inneren des Gebäudes könnten demnach unter Nutzung unterirdischer Erschließungswege stattfinden. Das Umfeld des Palastes bleibt damit weitgehend baustellenfrei und weiterhin öffentlich nutzbar.

Daß Asbestbelastungen nicht zwingend zum Abriß führen müssen, beweisen die zahlreichen Sanierungen an öffentlichen Gebäuden in der alten Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin. Berlins Bausenator Nagel schätzt in diesem Zusammenhang den Aufwand für die Asbestsanierung in öffentlichen Gebäuden Westberlins nach herkömmlicher Methode auf 3,5 Mrd. DM. Dazu kommt noch eine Dunkelziffer von noch nicht auf Asbest geprüften Gebäuden.

Zur Asbestsanierung erklärte Senator Nagel im Bauausschuß des Abgeordnetenhauses von Berlin, die neue Methode verzichte auf Zementzugabe, und durch die nahezu auflösbare Bindung durch Faserbindemittel entstehe ein umweltverträgliches Entsorgungsprodukt. Proteste der Fachwelt führe er auch auf deren Sorge um den Profit zurück; immerhin habe bisher mit Asbestsanierung viel Geld verdient werden können. Insofern werde gegen eine neue Methode natürlich „wissenschaftlich verbrämtes Geschrei“ angestimmt, wie sich übrigens schon früher Fachleute für billigere Sanierungskosten ausgesprochen, aber keine Resonanz gefunden hätten. Und auch wenn die neue Methode nur bei 50 Prozent der betroffenen Gebäude angewandt werden könne, wäre das schon ein großer Fortschritt. – Im Modellversuch sei abschließend abgerissen worden; es fehle also noch der Beweis, daß das Verfahren für zu erhaltende Gebäude tauglich sei. Ließe sich der erbringen, würde das auch ein anderes Licht auf die Palast-Diskussion, insofern sein Erhalt dadurch möglich würde. Wer ihn weghaben wollte, müßte dann auch die wirklichen – städtebaulichen oder ideologischen – Gründe angeben; der billige Vorwand Asbest entfielen dann (vgl.: Inhaltsprotokoll des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen, 46. Sitzung, 20. Oktober 1993, S. 3/4).

Angesichts der Tatsache, daß Abriß und Neubau ca. 1 Mrd. DM mehr kosten würden als eine Sanierung des bestehenden Gebäudes und angesichts der Tatsache, daß die bauliche Hülle Voraussetzungen für eine sinnvolle Nutzung der Berliner Stadtmitte bietet, ist die Entscheidung für den Abbruch auch finanzpolitisch nicht zu verantworten.

Berücksichtigt werden sollte weiterhin, daß sich laut Forsa-Umfragen Bürgerinnen und Bürger Deutschlands mehrheitlich gegen einen Abriß des Palastes der Republik ausgesprochen haben.